

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 415

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 415

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Poststraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 55 Hg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 3. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Hg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Hg., auswärtige Anzeigen 20 Hg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 76.

Sonntabend den 31 März 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Politische Mundreden.

Deutschland.

Die Stimmung der Agrarier gegenüber der „größtlichen“ Flottenvorlage malt das Organ der Landhändler Braun in Braun. „Wir haben“, schreibt das Blatt, „seit der Veröffentlichung des neuen Flottengesetzes etwa 400 Zuschriften über das Flottengesetz aus unserm Leserkreise erhalten. Von diesen 400 Zuschriften haben sich nur etwa 10 unbedingte Zustimmung zur Flottenfrage ausgesprochen, während fast die Hälfte auf einem unbedingte ablehnenden Standpunkte stand. Die anderen Zuschriften, die also die kleinere Hälfte bilden, sprachen sich dahin aus, daß einer Flottenvermehrung erst dann zugestimmt werden könnte, wenn unbedingte Sicherheit dafür geschaffen wäre, daß die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft Erfüllung fänden. Wir glauben, diese Mittheilungen machen zu sollen, um ein Bild von der Stimmung im Lande zu geben. Hinzufügen möchten wir, daß die unbedingte ablehnenden oder nur bedingt zustimmenden Zuschriften nicht nur von Landwirthen, sondern auch aus städtischen Kreisen kommen, und daß ihre Abgeber zum Theil den ältesten und ersten Familien des Landes angehören und im Jahre hohe Stellungen eingenommen haben.“ — Das klingt ja trostlos für die Regierung. Aber wenn nur erst die „berechtigten Forderungen der Landwirtschaft“ erfüllt oder wie wir sagen würden, der agrarischen Kaffaier die geforderten Opfer gebracht worden sind, wird sich der Flottenpatriotismus auch bei den Bündlern wieder einstellen.

Die Agrarier machen jetzt den preussischen Landtag, in dem sie den Ton angeben, zum Kampfe für das Fleischbeschaugesetz mobil. Die Konservativen haben Mittwoch im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation eingebracht:

„Der Herr Ministerpräsident bereit, darüber Auskunft zu geben, in welcher Weise er seinem in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 27. April 1896 abgegebenen Versprechen bezüglich der Fleischbeschau im Deutschen Reich gegenüber den jetzigen Beschlüssen des Reichstags nachzukommen gedenkt?“

Selbst die freikonservative „Post“ bezweifelt die Zweckmäßigkeit dieses Interpellations. Sie fürchtet, daß er die schwebenden Verhandlungen mit der Regierung föhren und gefährden wird: „Ohne Zweifel wird die Linke des Abgeordnetenhauses alle Mienen springen lassen, um die Vertreter landwirtschaftlicher Interessen zu einseitig agrarischen Rundgebungen zu veranlassen, und es ist leider die Befürchtung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß eine solche Taktik von Erfolg begleitet sein würde. Als dann liegt die Gefahr nahe, daß nicht nur die Verschärfung über das Fleischbeschaugesetz selbst in unerwünschter Weise erschwert, sondern auch eine Trübung in den guten Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie sehr zum Schaden für beide Theile und sehr zum Nutzen der gemeinsamen freihändlerischen Gegner herbeigeführt wird.“

Ubrigens verlieren die „Unentwegten“ im Landbunde in Sachen des Fleischbeschaugesetzes in ihren eigenen Partikularismen an Terrain. So giebt der Vorstand der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer schon das Verbot der Einfuhr von Pöfelfleisch preis. Er erklärt in einer Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“, das Zustandekommen eines Fleischbeschaugesetzes sei von so großer Bedeutung, „daß solches auch dann zu wünschen wäre, wenn das Verbot der Einfuhr von Pöfelfleisch als unannehmbar sich herausstellen würde.“

Der Bundesrath stärkt sich andererseits der Widerstand gegen die agrarische Beschlüsse. Im braunschweigischen Landtag erklärte Mittwoch Minister Hartwig, der Bevollmächtigte zum Bundesrath sei angewiesen, allen hygienischen Maßregeln für das in- und ausländische Fleisch zuzustimmen, aber den darüber hinausgehenden handelspolitischen, vom Reichskanzler als unannehmbar bezeichneten Anträgen seine Zustimmung zu verweigern.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die agrarische Ausbreitung, das Auswärtige Amt habe die Bewegung gegen die Kommissionsbeschlüsse

zum Fleischbeschaugesetz veranlaßt, und es sei sogar ein vertrauliches Schreiben an die Handelskammern zum Schüren der Agitation ergangen, offiziös zurückgewiesen wird. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist ermächtigt, diese Angaben als tendenziöse Erfindungen zu bezeichnen.

Angemessene Lohnerhöhungen zu verlangen, ist nicht etwa nur, wie die bürgerliche Presse jammert, eine Gepflogenheit der „begehrlichen“ Arbeiter. Auch in anderen Berufsständen macht sich das Bestreben nach finanzieller Besserstellung geltend. So signalisiren jetzt die „Münchener Neuesten Nachrichten“ die Erhöhung der Zivilliste des Königs und der Dotation des Prinzregenten von Bayern. Auf beiden Seiten der Abgeordnetenversammlung, bei den Liberalen und Clerikalen, sei man geneigt, den einschlägigen Erwägungen Rechnung zu tragen. Se. Maj. der König von Bayern ist bekanntlich geisteskrank und kommt nur insofern für die Staatsgeschäfte in Betracht, als sein Bild auf den Münzen prangt und die Urtheile der Gerichte in seinem Namen ergehen. Von dem, was in der Welt und im Staate Bayern vorgeht, weiß der unglückliche Kranke nichts, gar nichts. Indessen muß sich trotzdem das Bedürfnis herausgestellt haben, seine Befoldung zu erhöhen. Auch sein Stellvertreter, der Prinzregent, muß bedacht werden; das finden die herrschenden Parteien, die Liberalen und die Clerikalen, durchaus angebracht. Indessen werden die Sozialdemokraten in der bayerischen Kammer gewiß die Angelegenheit einer näheren Erörterung unterziehen und der Frage näher treten, warum denn gerade die Willkür eines geisteskranken Königs erhöht werden soll. Vielleicht wird man ihnen dann durchschlagende Gründe nennen!

Freihändlerische Gedanken hat dieser Tage der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, in einer Rede, welche er in Bremen gehalten, entwickelt. Er führte aus:

„Es ist in der letzten Zeit, in den vergangenen Jahren vielfach gesprochen von der „Politik der offenen Thüre.“ Mir ist die Entstehung des Bremer Stadtwappens nicht gegenwärtig. Ich weiß nur so viel, daß es einen Schlüssel hat. Ich möchte nur hoffen und wünschen, daß dieser Schlüssel jene Thüren, die noch nicht offen sind, öffnen und gleichzeitig diejenigen, die schon offen sind, auch fernerhin offen halten möge. Es ist das eine Politik, meine Herren, für die wir Deutsche stets große Sympathien gehabt haben.“

Geht es nach den Agrariern, so brauchen wir freilich keinen Schlüssel mehr, weil wir alsdann allenthalben verriegelte Thüren finden.

„Kleine politische Nachrichten.“ Der Bundesrath hat in seiner Plenarsitzung am Donnerstag den Etat nach den Beschlüssen des Reichstages angenommen. Er wird demnächst amtlich veröffentlicht werden. — Die Budgetkommission des Reichstages berietht Donnerstag weiter über das Flottengesetz. In einem Briefe an den Vorsitzenden bekräftigt Stumm, daß er und Krupp an den Neubauten mehr als 65 Millionen verdienen würden. Aus der Kommission wurde betont, daß durch gleichzeitige Ersatzbauten diese Summe sich verdoppelt. Der Gedanke, die Bauten in Staatsbetrieb zu übernehmen, fand keine Unterstützung. — Im Finanzausschuß der bayerischen Kammer der Abgeordneten wollten die liberalen Abgeordneten und der Korreferent für den Kultusetat, Dr. Casselmann, bei der Beratung des Kultusetats die Stellungnahme der bayerischen Regierung zu der lex Heinze zur Sprache bringen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Daller, wollte dies nicht gestatten und da der Auschuß sich mit 8 gegen 7 Stimmen der Meinung Dr. Dallers anschloß, legte Dr. Casselmann das Korreferat nieder. Hierauf wurde nach längerer Debatte, in welcher sämtliche Liberale sowie Besoffe v. Bollmar die Uebernahme des Korreferats ablehnten, gegen die bisherige Gemohnheit des Ausschusses das Korreferat an ein Mitglied des Zentrums, Lerno, übertragen. Rummehrer gehörte der Referent sowie der Korreferent für den Kultusetat der Zentrumsparthei an. — Eine Tabakbauerversammlung, die in Seckenheim bei Mannheim tagte, forderte in einer Resolution den Bund der Landwirthe auf, für eine Tabakvollherhöhung auf 125 Mk. und eine Herabsetzung der Tabaksteuer auf 30 Mk. einzutreten. — Wie die schweizerische Telegraphen-Agentur meldet, lautet das Urtheil des Schiedsgerichts in der Delagoa-Bahn-Frage dahin, daß Portugal 15 314 000 Franks zu zahlen hat. — Der König von Dänemark hat den jetzigen Ministerpräsidenten Estrup ersucht, ein neues Kabinet aus Mitgliedern der äußersten Rechten des Landestings zu bilden. — Der ehemalige Botschafter am preussischen Hofe, Graf Benedetti, ist Mittwoch in Paris gestorben. Graf Vincent Benedetti wurde am 29. April 1817 in Vostia auf Corsica geboren. Nach Abschluß juristischer Studien widmete er sich der diplomatischen Laufbahn. Am 27. November 1864 wurde er als Botschafter an den preussischen Hof akkreditirt und hatte die Aufgabe, eine eventuelle Allianz mit Preußen gegen Oesterreich zu vermitteln und eine Gebietsvergrößerung Frankreichs zu bewirken. Bismarck hielt ihm bekanntlich mit persönlichen Versprechungen hin, an deren Erfüllung er natürlich nie dachte. Frankreich, durch den Frieden von Frankfurt enttäuscht, trat mit Drohungen an Preußen heran und ließ am 9. Juli 1870 zu Ems durch Benedetti wegen der spanischen

Thronfolge an den König die Forderung stellen, die hohenzollernische Thronkandidatur fallen zu lassen. Die kurze Ablehnung dieses Verlangens diente der französischen Regierung als Vorwand zur Kriegserklärung. Nach dem Sturze des Kaiserreichs war Benedetti politische Laufbahn beendet. — In Serbien ist ein Betrug entdeckt worden, welcher den früheren Minister Louschanowitsch schwer belastet. Er soll als Direktor des Finanzinstituts „Belgradska Zadruga“ sich Aktien im Betrage von 40 000 Franks aus dem Gewahrsam der Bank durch Fälschung der Unterschrift angeeignet haben. Louschanowitsch war Mitglied des letzten radikalen Kabinetts und wurde bekanntlich in dem Hochverratsprozesse zu zehnjähriger Kerkerhaft verurtheilt.

Rußland.

Ueber russische Kriegsvorrichtungen bringt der Londoner „Standard“ sensationelle Depeschen aus Odessa. Sie besagen:

Ueber den Zweck der in Südrussland vorgenommenen Aufstellungen kann kein weiterer Zweifel mehr bestehen. Eine Viertelmillion Truppen ist für den aktiven Dienst mobilisirt, und das Schwarze Meer-Geschwader mit seinen Transportschiffen wird in Bereitschaft gehalten. Die Spannung zwischen der Wforte und Petersburg wird jeden Tag größer, und man blickt auf die Situation mit erster Sorge. Wenn die von Deutschland unterstützte ottomanische Regierung sich gegen die Konzeptionsforderungen Russlands in Kleinasien durchaus sträubt, sind Komplikationen unvermeidlich. Die russischen Garnisonen an der kaukasisch-armenischen Grenze sind vervielfacht und für den Kriegsdienst ausgerüstet.

Daß Rußland zu Wasser und zu Lande Probemobilisierungen vollzogen hat, wurde von uns mehrfach verzeichnet; ob der Augenblick für weitere Aktionen ihm gekommen erscheint, muß sich bald zeigen.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Marschall Roberts telegraphirt: General Clements besetzte am Dienstag Fauresmith ohne Widerstand. Ein 9-Pfünder und ein Maschinengeschütz wurden, in einer Mine vergraben, entdeckt, außerdem eine große Menge Munition. Im Orange-Freistaat dauert die Abgabe der Waffen fort. Die Bewohner unterwerfen sich. — Leider unterläßt Roberts, die Zahl der sich Uebergibenden mitzutheilen. Viele werden es sicherlich nicht sein.

Die „Morning Post“ erfährt aus Blumfontein, der Vorstoß der englischen Truppen von Blumfontein nach Norden habe schon am 25. d. Mts. begonnen. Eine Infanterie, eine Kavallerie-Brigade und zwei Garde-Bataillone der Gordon-Highlander haben schon ein Lager bei Glen unweit vom Modderfluß bezogen. Die Division Gatacre wird in Blumfontein erwartet.

Das „Reiter-Jahr Bureau“ meldet aus Kimberley vom 28. März: Gestern fand bei Warrenton, wo die Buren in großer Stärke standen, den ganzen Tag ein heftiges Feuer statt. Nur ein englischer Soldat wurde verwundet, aber zahlreiche Pferde und viel Vieh wurde getödtet.

An die Freikaatharen wurden 40 000 neue Patronen vertheilt. Die von Kreuzot gekletterten Patronen mit rauchlosem Pulver sollen als mangelhaft befunden sein.

Weitere Nachrichten, als die eben mitgetheilten, liegen, vom Kriegsschauplatz selbst, auch heute nicht vor.

Der Tod Fouberts, der nun nicht mehr zu bezweifeln ist, nachdem von allen Seiten die gleiche Nachricht kommt, hat mehrere Veränderungen in der Regierung Transvaals zur Folge gehabt. Die Exekutive besteht jetzt aus General Schalk Burger, Krüger und Krüger, nachdem General Rod und General Foubert todt sind. Cronje Gefangener ist und Wolmarans als Abgesandter nach Europa gereist ist. Fouberts Nachfolger als Höchstkommandirender wird wahrscheinlich General Louis Botha, jetzt Kommandant in Natal. — Die Londoner Blätter widmen dem Verstorbenen durchweg würdige und ehrende Nachrufe.

Bassons Bureau wird aus Pretoria über den Tod des waderen Burengenerals nach telegraphirt: Foubert starb Dienstag kurz vor Mitternacht im Alter von 68 Jahren 60 Tagen an akuter Nierenentzündung. Seine Krankheit war äußerst kurz, da er noch am letzten Sonntag in die Kirche ging. Man betrachtet den Tod Fouberts als einen unerwarteten Verlust, besonders für den Fall eines möglichen Arrangements mit England. Fouberts Leiche sollte Donnerstag zur Beerdigung nach seinem Gute im Walkers Stroom-Distrikt gebracht werden. Die Regierung verhandelt jedoch mit Fouberts Wittwe, um sie zu bewegen, die zeitweilige Beisetzung auf dem Kirchhof von Pretoria zu genehmigen. Die von englischer Seite verbreitete Meldung, daß Foubert bei Colenso verwundet wurde, ist unbegründet, der dort Verwundete war Kommandant Foubert.

Pretoria wird auf Drängen Krügers vollständig verjagt. Ein Feldlager für die Frauen und die Kinder ist einige Kilometer von der Stadt entfernt bereits im Bau begriffen.

Die Johannesburger Polizeitruppe, die in jüngster Zeit die vier Gardeoffiziere erschoss, ist 300 Mann stark; sie soll nördlich von Blumfontein die Wegend aufsuchen machen. — Die dreibogige Bahnbrücke bei Geln (?) wurde von den Buren 3 Stunden vor der Ankunft der Garde gesprengt.

Die Buren haben eine Million Pfund von den Banken in Pretoria requirirt, und zwar 70 000 Pfund von der African Banking Corporation, 80 000 Pfund von der Africanischen Bank, 400 000 Pfund von der Natal-Bank, 50 000 Pfund von der Niederländischen Bank und 260 000 Pfund von der Südafrikanischen Standard Bank.

Die Newporter „World“ meldet aus Pretoria: Krüger sagte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des Blattes am 7. Februar, so sicher wie es einen Gott der Gerechtigkeit gebe, so sicher werde die Buren Transvaal regieren. Dies ist

einen Monat oder drei Jahre dauern, aber ein anderer Ausgang sei unmöglich. Der Präsident fügte hinzu, Transvaal werde kein Eigentum verlieren, die Weinen seien so sicher, wie in den Häusern ihrer Besitzer. Uebrigens würde er, wenn der Mond bewohnt wäre, nicht verstehen, daß ihn John Bull noch nicht anerkennet hätte.

Ein Kriegsausruf des Präsidenten Steijn. In einem als Antwort auf die Proklamation des Feldmarschalls Roberts erlassenen Rundschreiben erklärt Präsident Steijn, die Politik Englands in Afrika habe gegenüber denen, welche sich ihr widersetzen, stets den Grundjatz „Theile und herrsche“ befolgt. Vor Beginn der Feindseligkeiten habe man versucht, den Orange-Freistaat für sich zu gewinnen, um ihn von Transvaal zu trennen und so die Annexion beider Republiken zu erleichtern. Die Bürger seien niemals von ihren Führern irreführt worden. Annehmlich sei der Feind sie abermals zu entzweien, indem er eine Belohnung für Verräter und Meinen aussetze. Die schmachvolle Verwüftung von Eigentum in Johannesburg und die Verachtung von Bürgern in Blumfontein zeige, welches Maß von Vertrauen man den englischen Verpfändern entgegenbringen dürfe. Die Hauptstadt sei zwar vom Feinde besetzt, die Schlacht aber nicht verloren, man müsse im Gegentheil in diesem Augenblicke den größten Kampfesmut bewahren. — Die Proklamation Lord Roberts ist damit hübsch charakterisiert.

Äsartige Krankheiten herrschen unter den gefangenen Bürgern in Simonstown. Nähere Angaben über die Art der Krankheit gehen aus den Mitteilungen des „Neuterischen Bureau“ nicht deutlich hervor. Nach dem „Neuterischen Bureau“ ist in Simonstown in der Woche zum Mittwoch im Hospital noch ein Bürger gestorben. Das ist seit Sonntag der siebente Todesfall. Im Hospital werden 30 an Malaria und 15 am Typhus erkrankte Gefangene behandelt, während auch auf den Transportschiffen eine große Anzahl von Kranken liegt. Es heißt, die Transportschiffe würden Ende dieser Woche nach St. Helena in See gehen.

Der deutsche Arzt Albrecht ist bekanntlich von den Engländern in Natal verhaftet worden. Am Dienstag ist nun im Burenlager bei Glencoe ein Schreiben des General Buller eingetroffen mit der Aufforderung von der bevorstehenden Freilassung des Dr. Albrecht, der bei Ladysmith gefangen genommen worden sei, weil er zwei seiner Patienten, Burenoffiziere, habe entkommen lassen, obwohl sie ihr Ehrenwort gegeben, nicht flüchten zu wollen. Ferner sollen den Buren die zur holländischen Ambulanz gehörenden Gegenstände, die elf Waggons füllen, wieder zugestellt werden.

General White ist am Donnerstag von Kapstadt nach England abgereist, um sich von den Strapazen der Belagerung von Ladysmith zu erholen. Die Besichtigung bereitete ihm häßliche Ovationen.

Ein Angriff gegen Transvaal von Norden her scheint England zu planen. Nach der „Frankf. Ztg.“ erzählt man in London militärischen Kreisen, daß die letzten Truppen-Rückzüge, die nach Südafrika unterwegs sind, nicht nach Kapstadt, sondern nach dem portugiesischen Hafen Beira bestimmt sind, und daß sie von dort auf Grund eines angeblichen älteren Durchzugsrechts nach Rhodesia dirigiert werden sollen, um „dort die Ruhe zu sichern“.

Die „Edin. Ztg.“ meldet gleichfalls, daß angeblich wegen Beira (im Norden der Delagoa-Bai) ein lebhafter Depeschverkehr zwischen der englischen und der portugiesischen Regierung herrsche.

Der hochkommandierende der britischen Armees Lord Wolseley hielt Mittwoch in London in einer Versammlung der Vereinigung der Militär-Schützen eine Lobrede auf das von Cardwell eingeführte militärische System, ohne welches es unmöglich gewesen wäre, den Krieg fortzuführen. Wolseley betonte die Bedeutung der Militär-Schützen, welche allein die Bildung des gegenwärtig in Südafrika kämpfenden Heeres ermöglicht hätte. Die Militär-Schützen haben seit Beginn des Krieges den regulären Truppen 900 Offiziere geliefert; dreißig Militär-Bataillone ständen zur Zeit in Südafrika unter der Fahne. Er wisse sehr wohl, daß man im Ausland glaube, England sei von Truppen entblößt. Niemals seien jedoch die Kasernen so voll besetzt gewesen wie augenblicklich. Für Einberufung zu den Fahnen seien noch 50 Bataillone Infanterie-Militär verfügbar, man habe aber für so viele Mannschaften keinen Platz. Diese Bataillone würden einberufen werden, sobald die Witterung die Anlage von Feldlagern gestatte. Wolseley schloß seine Rede mit den Worten: In Zukunft müssen die Soldaten vor Allem gute Schützen sein.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 30. März 1900.

Achtung, Schühmacher! Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden am Abdruck gebeten.

Achtung, Maler, Schmiege, Kesselschmiede, Tapezierer! Zugang nach Lübeck ist fernzuhalten! Die Bureauz befinden sich: Maler, Lederstraße 3 bei Leefe; Schmiege, Kesselschmiede, Hundestraße 101 bei Spahrman; Tapezierer, Mariesgrube 22 bei Humohr.

Lohnbewegung der Schühmacher. In der gestern Abend im Vereinshanse stattgehabten öffentlichen Schuhmacher-Versammlung wurde das Resultat der am vorhergehenden Tage erfolgten Sitzung der Lohnkommission mit den eingeladenen Meistern bekannt gegeben. Ein Teil der Arbeitgeber hatte sich nicht gemüßigt gefühlt, auf gutlichem Wege sich mit der Lohnkommission zu einigen; immerhin ist aber das erfreuliche Resultat zu verzeichnen, daß die Hälfte der in Frage kommenden Gehältern ihre geringen Forderungen mit kleinen Abänderungen bewilligt erhalten hat. Die Versammlung billigte daher die Abmachungen. Gleichwohl sind noch eine Anzahl Kollegen gezwungen, wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen am Montag die Arbeit niederzulegen. Es ward einstimmig ein Antrag angenommen, wonach die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Schültern die um Erreichung ihrer gerechten Forderungen kämpfenden Kollegen finanziell kräftig unterstützen sollen.

Zur Lohnbewegung der Braubierbrauer. In Anwesenheit der Kartellkommission tagte gestern Abend eine von etwa 100 Mitglieder, also sehr stark besuchte Versammlung der Brauer und Brauereiarbeiter. Bekanntlich haben die Besitzer wiederum die Unterhandlung mit der Kommission abgelehnt. Es handelte sich nun darum, zu erörtern, ob die Arbeiter Ursache hätten, von ihrem bisherigen Standpunkte abzugehen. Sämtliche Redner aus der Versammlung wie auch die Vertreter der Kartellkommission sprachen sich dahin aus, daß absolut keine Bewilligung vorliege, die Kommission zurückzuziehen; wollten die Besitzer nicht verhandeln, so müßten sie die Verantwortung eben tragen. Es ward sodann von den Braubierbrauereiarbeitern eine ge-

heimliche Abstimmung vorgenommen. Alle abgegebenen 28 Stimmzettel lauteten dahin, daß die Verhandlungen mit der Kommission stattzufinden haben, andernfalls nicht! Mit Recht war betont worden, wenn jeder Einzelne unterhandele, komme die Sache nie aus der Welt, da der Lohn dann nicht gleich werde und die Lohnbewegung nie aufhöre. Weitere Beschlüsse werden morgen veröffentlicht. In der Versammlung wurden noch zwei Vorfälle erwähnt, die der Veröffentlichung werth sind. Der Braubierbrauereibesitzer Uter, Fischergrube, hat seinen Bierfahrer gekündigt, weil dieser mit dem ihm angebotenen Lohn nicht zufrieden war und seinen Arbeitgeber an die Kommission verwies. Der Mann hat seinem Herrn zehn Jahre lang ehrlich und treu gedient; jetzt, wo er einen halbwegs anständigen Lohn verlangt, fliegt er auf das Straßenpflaster. Die Arbeiter werden sich das merken. Als eifriger Gegner der Organisation entpuppt sich ferner Herr Weiermiller in der Schwartauer Allee. Er, der sich früher rühmte, organisiert zu sein und dem sozialdemokratischen Vereine anzugehören, hat, obwohl an ihn gar keine Forderungen gestellt wurden, sich zu den ablehnenden Beschlüssen geschlagen und soll erklärt haben, ehe er mit der Kommission unterhandele, schließe er lieber seine Brauerei. Man sieht, wie rasch sich manches Mal die Menschen ändern!

„Ein loyaler Handwerker“ müht sich im Sprechsaal des Amtsblattes ab, dem Vertreter des deutschen Schuhmacherverbandes bei den stattgehabten Verhandlungen, Schaumburg-Hamburg, nachzuweisen, daß er sich „durch Streifveranlassung indirekt bemüht, das Reichsgesetz zu umgehen, wonach Preise für selbstständige Betriebe nicht vorgeschrieben werden dürfen.“ Der arme Mann verwechselt den § 109 g der Gewerbeordnung, wonach die Meister der Zwangs- und sonstigen Zünfte keine Preiscontrole vornehmen dürfen, mit dem § 152 der Gewerbeordnung, welcher den Gehältern die Erämpfung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausdrücklich gestattet. Wir sind gerne bereit, wenn der Loyale sich in unseren Sprechstunden zu uns bemühen will, ihn auch mündlich über diesen Unterschied aufzuklären.

Eine öffentliche Bäcker-Versammlung tagte Sonntag in der „Tonhalle.“ Genosse Friedrich referierte über die Bewegung der Bäcker-Jellen und ihre Gegner. Redner kritisierte auf das schärfste ein Flugblatt, welches von dem Sanungs-Altgeiellen C. Wieber unterzeichnet und sämtlichen Kollegen zugestellt ist. In demselben werden die Jellen aufgefordert, dem Verbands fernzubleiben, weil derselbe ihnen nur das Geld aus der Tasche ziehe und überhaupt nichts bezwecke. Der Referent ging energisch gegen den persönlich anwesenden Altgeiellen vor und widerlegte ihn Wort für Wort. Blühlich sprang der Herr veller Aufregung hoch und verließ unter allgemeinem Gelächter den Saal. Redner bedauerte, daß der Gegner nicht gewagt hätte, seine Sache zu verfechten, und schloß unter lebhaftem Beifall der anwesenden Versammlung seinen lehrreichen Vortrag. Nach Erledigung einiger minder wichtigen Angelegenheiten erfolgte Schluß mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Der Dampfer „Oldenburg“ ist, wie das „Hbg. Echo“ mitteilt, von hier nach Hamburg geschickt, um dort Kesselschmiede zu erhalten. Die Hamburger Kesselschmiede sind verhängt worden.

Am Grab der Mutter hat sich gestern Nachmittag der 29 Jahre alte Kellner Otto Koss auf dem allgemeinen Friedhofe erschossen.

Schiffsunfall. Der kürzlich von hier nach Neustadt abgegangene hiesige Dampfer „Kaufland“, Kapitän Kuppel, welcher dort Getreide laden sollte, ist gestern Nachmittag um 4 Uhr zwisch Reparatur in Travemünde eingelaufen. Das Schiff ist im Bug leck; vielleicht sind defekte Riemen ausgeiprungen. Der Dampfer wird in Travemünde geleichtert, um das Leck oberhalb des Wassers zu bringen.

Geizhalsunterkunft. Das Gewerbegericht verurtheilte den Württembergischen Wöchter gestern zur Zahlung von 472 Mk., welche er seinem Gesellen zu Unrecht als Krankentalonbeitrag abgezogen hatte. Er hatte nicht bedacht, daß er nur für die letzten 14 Tage solche Abzüge zu machen berechtigt ist. — Die übrigen Klagen, welche gestern anhängig waren, entbehrten des öffentlichen Interesses; erwähnt sei nur, daß 4 Rieter und 2 Vorstimmer, welche gegen die Reichliche Werft klagen, nicht erschienen waren. Es handelte sich um Leute, die von Stettin importiert waren.

Die Mobilwahrungskorridor sind bis spätestens morgen Abend 8 Uhr von der Polizeibehörde abzuholen.

Der Draug nach Freiheit. Der korrigende Maurer Fied ist von der Außenarbeit in Nieder Büßau entwichen. Ein Jahr Gefängnis soll ein Anecht verbüßen, welcher die Dreifigkeit besch, im Zubehörtum der hiesigen Strafammer einem Nachbar die Uhr zu stehlen.

Wüßer. „Ein deutsches Mädchen küßt ihn nicht.“ Theodor Körners Worte fallen Einem unwillkürlich ein, wenn man sieht, daß ein Dienstmädchen zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt wurde, weil es auf dem Tanzboden zu seinen Freundinnen sagte, sie sollten mit einem Arbeitswilligen U. derarbeiter nicht tanzen.

Oldenburg i. Gr. Die Zustände im Delmenhorster Armenhause kamen am 24. März vor dem hiesigen Landgericht wiederum zur Verhandlung. Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, hatte der frühere Redakteur des „Delmenhorster Volksbl.“, H. Bager, im Jahre 1898 in einer Reihe von Artikeln und schließlich in einer öffentlichen, von 2000 Personen besuchten Volksversammlung Ja- und Neinworte in dem Delmenhorster Armenhause geschilbert, die einfach haarsträubend und für den „Armenvater“ Rüsselmann und dessen Ehe-

frau geradezu vernichtend waren. Auch wurde dem früheren Bürgermeister Münzebrock moralische Verantwortung zugeschrieben. Münzebrock und die Eheleute Rüsselmann fühlten sich durch diese Kundgebungen beleidigt und stellten Strafantrag gegen Bager. Dieser wurde daraufhin vom Oldenburger Landgericht am 3. Dezember 1898 wegen Beleidigung in sechs Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Wegen dieses Urtheil legte alsdann Genosse Bager Revision ein und die Sache kam vor das Reichsgericht. Dieses sprach nun am 28. Oktober 1899 Bager wegen drei Fällen von Pressebeleidigung frei wegen eingetretener Verjährung. Aber auch in den drei übrigen Angelegenheiten (Beleidigung in der Volksversammlung) hatte Bager Erfolg, indem das Reichsgericht für einen ganz erheblichen Theil der Anklage den Wahrheitsbeweis für erbracht hielt. Das Ehepaar Rüsselmann hatte sich hauptsächlich grobe Beschuldigungen und Ueberschreitungen seiner Befugnisse zu Schulden kommen lassen u. s. w. Das damalige Urtheil des Landgerichts wurde deshalb vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache bezüglich der letztgenannten drei Punkte (Beleidigung in der Volksversammlung) an das Landgericht zurückverwiesen. Dies ist ungefähr kurz der Thatbestand des ganzen Prozesses. In der neuen Verhandlung ergab sich dasselbe Bild des Prozesses wie in der früheren. Es wurde erwiesen und festgestellt, daß Erwachsene und Kinder vom „Armenvater“ und der „Armenmutter“ mißhandelt, daß eine Frau von den Beiden widerrechtlich eingesperrt, daß geisteskranke Frauen geschlagen wurden u. s. w. Eine kranke Frau mußte im Stall auf Strohkampfen und ist dort gestorben; weder bei ihrem Kranksein noch nach ihrem Tode wurde ein Arzt zugezogen. Die Insassen von dem von Rüsselmann gezogenen, tagelang hintereinander ihren eigenen Urin zu trinken! All dies wurde, wie schon gesagt, erwiesen und es steht auch zweifellos fest, daß der Angeklagte sich mit der Veröffentlichung solcher schändlicher Zustände um das öffentliche Wohl ein großes Verdienst erworben. Man hätte deshalb billiger Weise auf Grund der Ausführungen des Reichsgerichts ein freisprechendes Urtheil erwarten können. Aber weit gefehlt! Nach ganz kurzer Beratung verkündete das Gericht dem Antrag des Staatsanwalts gemäß: Wegen Beleidigung der Armenkommission und des Bürgermeisters Münzebrock je 6 Wochen und wegen Beleidigung des Rüsselmann'schen Ehepaares 3 Wochen, zusammen 2 1/2, mit der zu verbüßenden Strafe wegen einer anderen Pressebeleidigung, 4 Monate Gefängnis und Tragung der Kosten. Außerdem wurde den Beleidigten die Befugnis zugesprochen, den Tenor des Urtheils auf Kosten des Angeklagten in den drei Delmenhorster Blättern zu veröffentlichen. Dem Angeklagten könne der § 193 nicht zur Seite gestellt werden. Von Rechts wegen! Verhandlung und Urtheil sprechen für sich selbst, ein weiterer Kommentar dürfte nur ihre Wirkung abschwächen.

Bremen. Gegen die lex Heinze. In der Bürgerschaft brachte Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion folgenden dringlichen Antrag ein:

In der Ueberzeugung, daß die lex Heinze das deutsche Kulturleben auf das argste schädigen würde, erwartet die Bremische Bürgerschaft, daß der Senat den Bremischen Bevollmächtigten im Bundesrathe beauftragt, gegen die lex Heinze zu stimmen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt. Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Lübecker Stadttheater.

Die letzten Tage von Pompeii, Oper in 5 Akten mit Ballet, unter theilweiser Benutzung des gleichnamigen butmerischen Romans, wurde gestern Abend zum ersten Male im hiesigen Stadttheater aufgeführt. Text und Musik rühren von Herrn Reinhold von Mottow her. Es war eine sehr lange Sitzung (die Vorstellung dauerte bis 1/2 12 Uhr), die um so ermüdender wirkte, als vom Text so gut wie nichts zu verstehen war. Ich bin fest davon überzeugt, daß alle die, die noch wie die butmerischen Roman-überseher haben, kaum gewußt haben, um was sich die Geschichte drehte. Selbst die ständigen Opernbesucher waren nicht in der Lage, dem Texte zu folgen, weil die gesungenen Worte im Orchester völlig verhallen, und Textbücher, die ausfüllend wirken konnten, nicht vorhanden waren. Was die Musik der Oper anbelangt, so ist sie schwer unterzubringen. Wagnerstil ist es nicht, aber auch mit den alten Arienopern ist keine Gemeinschaft aufzufinden. Am ehesten läme noch Wagners „Rienzi“, der aus der ersten Schaffenszeit des Bayreuther Meisters kam, und Verdi's „Aida“ in Betracht. Sogennante Leitmotive habe ich beim besten Willen nicht entdecken können. Die Instrumentation ist außerordentlich rauschend; Blech ist bevorzugt, und eben diese übermäßige Benutzung der Blechinstrumente hatte zur Folge, daß nichts zu verstehen war. Selbst Pfeifer, der den Fiedler Arbacoz sang, konnte mit seinem Basses Grundgewalt dem Sturme der Blechinstrumente nicht trotzen, von den andern Sängern ganz zu schweigen. Der Stellen, wo die Musik weich und zart, kurz lyrisch ist, sind nur herzlich wenige in der Oper vorhanden. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn die Oper glatt abfiel und kaum einen Achtungserfolg erzielte. Die Besucher langweilten sich und rühten deshalb in der ersten Stunde vielfach aus. Zu bewundern war der Muth, mit dem die Herren Kessler und Gader (Blancs), die Damen Stoll (Sond), Newman (Julia) und Bertini (Mybia) sich ihrer schweren Aufgaben erlebigen; das Publikum zeigte sie denn auch durch Beifall besonders aus. Auf die Aufführung war sichtlich viel Mühe verwandt, schade, daß sie vergeblich war. Die Ausstattung war für Lübecker Verhältnisse geradezu prächtig zu nennen. Weitere Worte wollen wir über die Oper nicht verlieren, da sie sicherlich doch nicht wieder gegeben wird.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 29. März

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Zugesührt wurden 1620 Stück. Preise: Verlandschweine, schwere 44—46 Mk., leichte 44—45 1/2 Mk., Senen 38—42 Mk. und Ferkel 42—44 Mk. pr. 100 Pfd.

Wegen bedeutender Vergrößerung meines Geschäftslafals verkaufe mein großes Lager Herren- u. Knaben-Garderoben sowie Fußzeug zu enorm billigen Preisen.
B. Baer
 obere Marlesgrube 13.

Arbeiter.

So billig wie bei jeder Konkurrenz kaufen Sie ihren Bedarf in Herren- u. Knaben-Garderoben u. Arbeiter-Kleidungsstücken sowie auch Arbeiter-Fußzeug, nur alles feste Handarbeit und aus bestem Material hergestellt Marlesgrube 38.

Fabrik-Preise!

Empfehle:
 Cheviots, Loden, Tuch- und Buckskin,
 pr. Meter von 2 Mt. 80 Pf an.

H. Bösse!
 Güterstraße 37.

Normal-Hemden und -Hosen, Arbeits-Hemden und Kittel, Hosenträger, Strümpfe,
Cravatten
 Taschentücher, weiß und bunt, Leinen- und Papier-Wäsche.

Wilhelm Dahl
 Sügstraße 48.

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin

Marlesgrube 9
 empfiehlt gut gearbeitete Möbel, Spiegel- und Polier-Waaren zu soliden Preisen.

Hill-Glühkörper

in Qualität unerreicht.
 General-Vertreter:
Emil Seidel & Co.
 Lübeck, Gr. Burastraße 40.

Überzeugen Sie sich, dass meine Deutschland-Fahrräder u. Zubehörsache die besten und dabei die allerbilligsten sind. Wiederverkäufer geneht. Haupt-Katalog gratis & franco. August Stukenbrok, Einbeck. Bestes u. grösstes Spezial-Fahrrad-Versand-Haus Deutschlands.

Gebraannter Caffee.

Special-Marke, sehr fein und kräftig, pro Pfd. 1 Mt.
H. Campinas-Melange
 Pfd. 80 Pfg.
 Händler erhalten hohen Rabatt.
 Caffee-Lager und Rösterei
C. Betelsdorf
 10 Holstenstraße 10.

R. Schmidt, Schuhmacher,
 wohnt jetzt: **Sadowastrasse 10.**

Versammlung

famillischer in der Bürsten- u. Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Sonntag den 1. April 1900

Nachmittags 4 Uhr bei F. Lecke, Lederstrasse 3. Um vollständiges Erscheinen ersucht Die Lokalsammler.

Hanshahn's Concert-Haus.

Sonntag: Tanzfränzchen.



Durch frühzeitige grosse Abschlüsse bin ich in der Lage, meine nunmehr mit allen Frühjahrs-Neuheiten versehenen Läger in:

Fertigen Herren- und Knaben-Garderoben

trotz der enormen Preissteigerungen zu den bekannt billigen Preisen abzugeben.

Elegante Herren-Buckskin-Anzüge
 1200 1550 1800 2150 bis 34 Mk.

Elegante Herren-Cheviot-Anzüge
 1450 1850 2400 2750 bis 4350 Mk.

Elegante Herren-Kammgarn-Anzüge
 1700 2150 2600 3050 bis 46 Mk.

Elegante Rock- und Gehrock-Anzüge
 3100 3400 3850 4400 bis 54 Mk.

Elegante Herren-Sommer-Paletots
 850 1050 1600 2150 bis 42 Mk.

Herren-Buckskin- u. Kammgarn-Beinkleider
 280 320 400 450 bis 16 Mk.

Herren-Sommer-Loden-Joppen
 275 375 420 500 bis 1450 Mk.

Jünglings- und Knaben-Anzüge
 in den neuesten Stoffen und Facons in enormer Auswahl.

Knaben-Anzüge von 1.70 Mk. an.

Radfahrer-Anzüge und Sweater.

Hüte und Mützen

in allergrösster Auswahl.

Garantie für gute Haltbarkeit und gutes Tragen.

Garantie für tadellosen Sitz u. sauberste Verarbeitung.

Rudolph Karstadt.

Möbelfäusern

empfehle ich mein wirklich großes u. complettes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.
Folkers' Möbel-Magazin
 25 Marlesgrube 25.

Farben

Fix und fertig zum Gebrauch!
 schön glänzend und schnell trocknend
 Maurerfarben, Lacke, Pinsel, Prima Fussbodenöl, in einer Nacht trocken.
Staubfreies Ofenputzpulver
 Breitestr. 81 **Ferd. Kayser.**
 vis-à-vis Markt.

Stadt-Theater.

Sonabend: Schauspielpreise.
 Benefiz für Hrn. Weingarten:
Ein glücklicher Familienvater.
 Hierauf:
 Der gerade Weg ist der beste.

Zu der Dinkelfammer.

Zu der Budgetkommission des Reichstags wurde Mittwoch in die Generaldebatte über die Flottenvorlage eingetreten, und zwar kam nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte überein, entgegen dem Vorschlag des Abg. Richter, nicht die einzelnen Fragen, welche seitens des Zentrums aufgestellt sind, nach einander zu erörtern, vielmehr alle zusammen zu diskutieren, dabei aber von den vier Hauptabschnitten des Antrages Müller-Fulda zunächst die Notwendigkeit und den Umfang der Flottenvermehrung zu behandeln.

Bebel vertrat die Meinung, die Flottenvorlage richte sich vornehmlich gegen England. Es sei richtig, daß uns England hinsichtlich seiner Flotte weit überlegen sei, es werde uns auch überlegen bleiben, zumal es weit reicher sei als Deutschland. Die bestehenden Klassen Englands hätten im Burenkrieg eine Opferfreudigkeit bewiesen, die sehr vortheilhaft absteht von dem Verhalten, das die bestehenden Klassen Deutschlands im Jahre 1870 gezeigt haben. England sei auch an Menschenmaterial — seine Kolonien eingerechnet — mit seinen 400 Millionen, Deutschland mit seinen 67 Millionen weit überlegen. Er sei nicht davon überzeugt, daß die hier vorgeschlagene Vermehrung der Flotte notwendig sei.

Graf Stolberg (H.) hob hervor, wenn die Vorlage sich auch gegen England zu richten scheine, so sei doch jedenfalls kein offensives Vorgehen gegen England beabsichtigt. Wir seien eben aus Deutschland herausgewachsen und nicht mehr bloß ein kontinentaler Staat. Wir haben infolge dessen auch eine Menge Reibungsflächen mit England und müssen auch auf einen eventuellen Zusammenstoß rechnen. Die englische Politik hänge von der Stimmung des englischen Volkes ab und sei darum unberechenbar. Es sei unsere Pflicht zu rüsten, so gut wir es im Stande sind.

Wasserhagen (N.) betonte ebenfalls, daß die geforderte Flottenvermehrung keinen aggressiven Charakter habe. Je härter früher die Rüstungen geworden seien, um so gesicherter sei der Friede geworden. Er halte die Flottenvermehrung für eine Nothwendigkeit.

Richter (Hr.) erinnerte an ein Wort Bismarck's vom Jahre 1855, daß Deutschland niemals eine Seemacht werden könne wie England. Die Hege, welche vielfach gegen England getrieben werde, zum Theil auch von Flottenvereinen, sogar von Marineoffizieren, sei in hohem Grade bedauerlich. Die Reibungsflächen mit England seien klein gegenüber den gemeinsamen Interessen. Die Folge unserer Flottenvermehrung sei wieder eine Verstärkung der Flotten der anderen Staaten. Er könne der Flottenvermehrung nicht zustimmen, schon deshalb nicht, weil sie eine Bindung für lange Zeit enthalte.

von Kardorff (Hr.) wies auf den ungünstigen Eindruck hin, den eine etwaige Ablehnung der Flottenvorlage im Ausland hervorrufen müßte. Die Wahrheit des Wortes „si vis pacem, para bellum“ (Wenn du Frieden willst, so rüste zum Kriege) sei unbestreitbar. Die Annahme der Flottenvorlage müßte auch wegen des moralischen Eindruckes mit größtmöglicher Wahrung erfolgen.

Frese (Hr.) polemisierte gegen Bebel. Der Chauvinismus in England sei gegenwärtig sehr groß, so groß, wie selbst die besten Kenner englischer Verhältnisse es früher nicht für möglich gehalten hätten. Eine stärkere deutsche Flotte werde unsere Bündnisfähigkeit mit Rußland erhöhen. Die Vorlage gleiche einem Wechsel, den wir auf die Zukunft gegen, heute schon diskutieren können. Die vorgeschlagene Vermehrung der Flotte sei entschieden notwendig.

Müller-Fulda (H.) will die Frage ganz objektiv prüfen. Thatsache sei, daß alle größeren Staaten zur Zeit bemüht seien, ihre Schlachtschiffe zu verstärken. Aber die für die Verstärkung der Auslandschiffe bis

jetzt vorgebrachten Gründe seien nicht durchschlagend, ein dringendes Bedürfnis dafür sei nicht nachgewiesen. In diesem Punkte schieße die Vorlage über das Ziel hinaus. Ueber die Schlachtschiffe könne man sich in der Spezialdiskussion näher unterhalten, namentlich falls die Verständigung über die Vertheilung der Ersatzbauten zu Stande käme. Auf alle Fälle halte er eine Verstärkung der Auslandsflotte nicht für dringend.

Staatssekretär Graf Bülow: Die Flottenverstärkung solle lediglich defensiv wirken. Unsere Politik habe weder phantastische noch aggressive Tendenzen, ihr Bestreben sei lediglich, den Frieden aufrecht zu erhalten und die Würde des Reiches zu wahren. Unsere Diplomatie gehe mit aller Vorsicht vor, die notwendig sei. Die Vorsicht und die Geschicklichkeit genügen jedoch nicht, wenn nicht Machtmittel dahinter stehen. Unsere Beziehungen zu England seien zur Zeit die besten, jedoch seien die Zeiten, wo die Auffassung der Kabinette allein maßgebend war, vorüber und die Volksleidenschaften spielen heutzutage eine große Rolle. Die Flottenvorlage habe den Zweck, größere Friedensgarantien zu bieten.

Bebel: Die Mächte überbieten sich gegenwärtig in Rüstungen, ohne daß die Machtverhältnisse sich wesentlich ändern. Der Chauvinismus sei nicht bei den Völkern, sondern werde von den maßgebenden Kreisen künstlich erzeugt. Die Reibungsflächen mit England seien außerordentlich geringfügig. Unsere Interessen lägen auf dem Kontinent, wo die Landarmeen entscheiden. Auf diese, nicht nicht auf die Flotten, käme es für uns im Kriege an. Wenn man aber schon einmal für eine Flottenverstärkung sei, müßte eher die Auslandsflotte als die Schlachtschiffe vermehrt werden.

Gröber (H.) erklärt, daß sich die Zentrumsfraktion für ihre Entscheidung freie Hand vorbehalte. Jetzt spreche jeder Zentrumsredner nur für seine Person. Jedenfalls scheine ihm ein Maßhalten in der Erwerbung neuer Kolonien im Interesse des Friedens geboten.

v. Kardorff betonte gegenüber dem Abg. Bebel, daß sich während der gestiegenen Anforderungen der Militärvorlagen im Frieden der nationale Wohlstand fortwährend vermehrt habe.

Koeren (H.) ist zur Zeit noch sowohl gegen die Vermehrung der Schlachtschiffe als der Auslandsflotte, da ihm noch keine Gründe bekannt geworden seien, welche ein Abgehen vom Statut von 1898 notwendig machen.

Prinz Ardenberg (H.) tritt der Auffassung des Staatssekretärs Graf Bülow bei, daß die Erfolge der Diplomatie auch wesentlich von der materiellen Macht abhängig sind.

Die Debatte wandte sich nun zum zweiten Hauptabschnitt der Generaldiskussion: Kosten und Beschaffung der Mittel.

Staatssekretär Jehr. v. Thielmann machte zahlenmäßige Angaben über die Reichseinnahmen. Die Zölle (ohne Getreidezölle) weisen eine erfreuliche Steigerung auf, in der Zukunft liege eine erhebliche Reserve für die Zukunft. Branntwein- und Brausteuer zeigen steigende Erträge. Von der Stempelsteuer können, falls der Antrag auf Verdoppelung Annahme finde, große Mehreinnahmen erwartet werden. Die Lage der Reichseinnahmen für die Zukunft sei durchaus günstig.

Die weitere Berathung wurde wegen Beginn der Plenarsitzung auf Donnerstag vertagt. Die Generaldebatte soll vor den Osterferien zum Abschluß gebracht werden.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Durch einen Vergleich beendet ist der Streik der Köstschneider und

Schneiderinnen in Berlin. Die Delegirten der Gewerkschaften haben sich mit der Lohnkommission einen Lohnvertrag vereinbart, durch den die Arbeitslöhne erhöht werden. Die Arbeit ist Mittwoch fast in allen Werkstätten wieder aufgenommen. Der Tarif muß überall in den Gewerkschaften hängen. — In der Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Holzindustrie vor dem Einigungsamt in Berlin wurde Dienstag eine Verständigung dahin erzielt, daß statt der in Vorschlag gebrachten Nütznerkommission fünf Schlichtungskommissionen eingesetzt werden für die verschiedenen Branchen und zwar 1) für Bautischler und Einleger, 2) für bessere Möbel, 3) für einfache Möbel, 4) für Ladeneinrichtungen, 5) für Maschinenarbeit. Danach wurde die Geschäftsordnung dieser Kommissionen berathen, die im Wesentlichen besagt: Jede Kommission soll aus 18 Vertretern — je 9 von jeder Partei — bestehen. Jede Gruppe wählt einen Vorsitzenden. Diese beiden Personen bilden zusammen den Vorstand. Falls Streitigkeiten ausbrechen, entsenden die Vorsitzenden zwei Mitglieder von jeder Partei an Ort und Stelle, die den Streit zu schlichten haben. Gelingt das nicht, dann tritt die Nütznerkommission zusammen. Ist hier auch keine Verständigung zu erzielen, so wird ein Schiedsgericht gebildet. Es können zu den Verhandlungen Sachverständige hinzugezogen werden. Die Abstimmung ist in der Weise geregelt, daß von jeder Partei gleich viele Personen abstimmen. Die Kommissionen werden demnächst zusammentreten, nachdem die Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Wahlen vollzogen haben. — Abgelehnt hat die Berliner Schlichter-Juryung das Vorgehen der Gewerkschaften auf Abschaffung der Sonntagskündigung und Entlassung. — Am Maurer-Ausstand in Emden (Ostfriesland) sind 85 Gehäusen theilhaftig. An sämtlichen Neubauten ruht die Arbeit. — In der Gasfabrik von Dauber in Dresden haben die Böttcher die Arbeit eingestellt. — Die Holzbildhauer in Leipzig fordern: 1) Einführung eines Minimallohnes von 45 Pfg. pro Stunde und 40 Pfg. im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit. 2) Erhöhung der bisherigen Löhne um 10 pCt. 3) Auszahlung des vollen Lohnes pro Woche. 4) 33 1/2 pCt. Zuschlag für die ersten beiden Ueberstunden, für alle anderen Ueberstunden und für Sonntagsarbeit 50 pCt. 5) Strenge Durchführung der Forderungen von 1890, sofern sie von einigen Gewerkschaften nicht eingehalten werden, und zwar: a. Lohnarbeit, b. 9 stündige Arbeitszeit incl. je 1/4 stündige Frühstücks- und Vesperpause, die mitbezahlt werden müssen. — Die Maler, Weißbinder und Lackierer von Friedberg und Naheim haben die Arbeit niedergelegt, nachdem die Meister auf die Forderungen der Gehäusen keine Antwort gegeben haben. — In Breslau legten 200 Tischler der Eisenbahnwagenbau-Aktiengesellschaft die Arbeit nieder. — Der Streik in der Stieglauer Stuhlfabrik ist beendet. — Die Schneider in Straßburg haben die Arbeit niedergelegt. Die Ursache des Streiks sind Lohnunterschiede; die unmittelbare Veranlassung des Ausstandes bildete die Weigerung des Ausschusses der Prinzipale, mit der Lohnkommission über die Tariffrage zu unterhandeln. Die Zahl der Streikenden beläuft sich bisher auf 250.

Gemeindevahlen. Sozialdemokratische Gemeinderäthe wurden nach vorliegenden Nachrichten gewählt in Nielen, Passendorf und Döblau je einer und ebenso einer in Langenböls bei Siegnitz.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wegen Veruntreuung von Geldern, die ihm in seiner amtlichen Eigenschaft anvertraut waren, ist der Feldwebel Grahl vom Garde-Grenadierregiment Nr. 5 in Spandau zu sechs Monaten Festung und Degradation verurtheilt worden. Er hat sich besonders an den Spargeldern der Unteroffiziere vergreifen. Grahl diente bereits im 12. Jahre und war im Begriff, sich auf Grund des

Ein Held.

Eine Geschichte aus Slavonien von M. M. Koda-Koda.

Im Wirthshaus zu Ivanci saßen vier späte Becher: Mile Sivic, Jure Mles, dann ein Fremder und in die Ecke gedrückt Pero Adakumovic.

Der Fremde war ein Bosniak, der im Dorfe Messer aus Mostar und Livnoer Zigarrenspitzen, rothe Korallen- und allerlei sonstige Landverkauft hatte. Eines der sonderbaren Messer lag neben Pero Adakumovic: die Klinge haarscharf und ziselirt, der Heingriff mit bunten Steinchen und Goldsplitter verziert.

In dicken Flaschen blinkte der hellrothe Landwein. Man sprach ihm wacker zu. Mile Sivic war der Erste, der zum Aufbruch mahnte. „Nino bravo — trinkt aus, Brüder — gehen wir.“ — „Geht Leute, es ist spät“, mahnte auch gähnend der Wirth.

Jure Mles, der Kutscher des Wirthes, verschwand in seiner Kammer, die beiden Anderen verließen gemeinsam die Stube. Adakumovic, der stumme Gast, war unbeachtet früher verschwunden.

Am anderen Morgen fand der Kuhhirte, der Erste, der über den Markt ging, den Bosniaken erstochen vor dem Wirthshaus liegen. Er trommelte den Richter aus dem Schlaf und eine halbe Stunde später war der junge Sivic verhaftet. Das Verhör brachte nichts heraus.

„Du warst der Letzte, der mit dem Hausfremder gesprochen hat. Du bist mit ihm hinausgegangen!“ sagte der Richter. „Herr, so wahr mir Gott helfe, ich habe ihn nicht umgebracht. Wir sagten uns „Gute Nacht“. Er blieb stehen, um seinen Gürtel fester zu ziehen, und ich ging“, betheuerte der Angeklagte fest.

„Das Messer hier“ — der Richter wies eines der bosnischen Messer vor — „mit dem der Arme erstochen wurde, ist Dein Messer!“

„Nein, Herr! Sie finden überall solche Messer. Warum sollte es gerade meines sein?“

„Antwort mir“ — die strengen, kalten Augen bohrten sich förmlich in das Antlitz des Mörders — „wo warst Du diese Nacht?“

Der Burche wurde noch kläffer und schwieg. „Warum antwortest Du nicht?“

„Da kam es leise — zögernd: „Ich kann nicht — Herr — fragen Sie, was Sie wollen, nur das nicht!“

„Mensch, verstehst Du denn nicht, daß Du damit den Mord eingestanden?“

„Ich habe keinen Mord begangen. Herr Richter!“

„Wo warst Du also? Sprich!“

„Das — das sage ich nicht!“

Und er blieb dabei — er sagte es nicht. Das Urtheil wurde ihm gesprochen und lautete auf lebenslänglichen Kerker.

„Er hat etwas gebrüht, was Dich betrifft!“

Jetzt schaute Sivic dem Direktor starr in's Gesicht. Und da sagte er es ihm in einem Zuge. So ein Bauer wird doch hoffentlich nicht gleich den Verstand verlieren!

„Erinnerst Du Dich an die — die Nacht? Ja? Der Adakumovic hat auf der Bank in der Ecke gesessen. Ihr habt ihn nicht beachtet. Er schlich sich vor Euch hinaus. Dann kamst Du und der Bosniak und dann noch Einer!“

„Der Mles Jure war's“, ergänzte Sivic mit heiserer Stimme.

„Ja, so hieß er, Du gingst nach rechts, der Mles nach links. Da sprang der Adakumovic hinter dem Baum hervor, riß ihm ein Messer heraus, stach ihn nieder und beraubte ihn. Fünfundachtzig Gulden hat er ihm weggenommen.“

„Und es war nicht mein Messer, das ihm in der Brust gesteckt hat“, seufzte der Arme und fiel bewußtlos hintenüber. Sie konnten ihn kaum zum Leben erwecken. Am dritten Tage darauf war er zu Hause.

Es war ein blutjunger Richter im Orte, der die alten Protokolle und Akten durchgeflübert hatte — der wollte noch Eines wissen — noch das Eine.

„Wo warst Du in jener Nacht?“ fragte er den Bauer, wie ihn schon so Viele vorher gefragt.

„Achtzehn Jahre — achtzehn Jahre“ murmelte der vor sich hin und sagte dann laut: „Holt den Bürgermeister her, Herr Richter!“

Der Bürgermeister kam.

„Wer ist seit achtzehn Jahren hier gestorben?“ fragte Sivic.

„Mein Seelchen, das weiß ich nicht. Ich bin erst acht Jahre hier.“

„Dann holt mir den Pfarrer!“

Der Pfarrer brachte sein Kirchenbuch mit und las

Verjüngung nach einer Zivilstellung umzu sehen. Durch seine Bestrafung hat er sich auch diese verschert. — Auf dem Hauptbahnhof zu Thorn traf dieser Tage ein von Halle a. Saale abgegangener Sonderzug ein, dessen Insassen sich gerade nicht zu einer Vergnügungszug zusammengehangen hatten. In dem Zuge, der sechs Wagen führte, befanden sich, von 14 Beamten bewacht, 170 Zuchthäuser. Auf dem Bahnhof wurde eine Massenpeisung der Reisegesellschaft durch Brod und Kaffee vorgenommen. Die meisten „Reisenden“ machten ziemlich vergnügliche Gesichter; die Eisenbahnfahrt gewährte ihnen augenscheinlich eine angenehme Abwechslung. Nach einem etwa einstündigen Aufenthalt dampfte der Zug in der Richtung nach Ansternberg weiter, um die Insassen nach ihren neuen Bestimmungsorten Wartenburg, Heydekrug u. a. zu überführen. — Eine Falschmünzergilde, bestehend aus vier russischen Personen, welche deutsches Geld angefertigt und in Verkehr gebracht haben, wurde nach einer Meldung aus Thorn im Grenzort Pieczonia abgefaßt. Drei Falschmünzer wurden verhaftet, eine Person entkam. Bei den Verhafteten wurde ein größerer Betrag falschen Geldes vorgefunden und beschlagnahmt. — In Schalk verbrannten Dienstag Abend die zwei Kinder der Wittwe Schlappek im Alter von 3 und 4 Jahren, während die Mutter abwesend war, in ihren Betten. Die Kinder hatten mit Streichhölzern gespielt; Beide wurden als Leichen vorgefunden. — Auf dem Kohlensticht „Frisch auf“ bei Rajan (Sachsen) wurden durch eine Dynamit-Explosion fünf Bergarbeiter schwer und sieben leicht verletzt. An dem Aufkommen der Schwerverletzten wird gezweifelt. Sämtliche Verunglückten sind Familienväter. — Bei Raunheim (Hessen) fand Mittwoch Vormittag ein Zusammenstoß eines Güterzuges der Linie Bismarckheim—Frankfurt a. M. mit einem dort stehenden Wagen statt. Ein Bremser ist todt, ein anderer leicht verwundet. — Wegen Verbrechen gegen das keimende Leben verurtheilte die Strafkammer in Manheim 17 Frauen zu Strafen von vier Jahren Zuchthaus bis zwei Monaten Gefängnis. Die Verurtheilten gehörten zumeist dem Arbeiter- und Kleinbeamtenstande an. — Mittwoch Vormittag fuhr in Donauwörth eine Rangirmaschine ienwärts in den gerade einfahrenden Schnellzug. Der Lokomotivführer der Rangirmaschine wurde getödtet, der Zugführer, der Heizer und der Rangirstationsdiener wurden verletzt. — In dem Walliser Bezirk Couches, am Eingang des Binnthalles, liegt das Dörfchen Aufferbin; es zählt etwa sechzig Einwohner. Seit 32 Jahren ist hier keine Hochzeit mehr gefeiert worden, und der jüngste Einwohner zählt 17 Jahre. Da die Kinder fehlen, so ist die Schule aufgehoben worden. — In Szurdob bei Miskolcz (Ungarn) hat die Wittwe Peczol ihren beiden schlafenden Kindern den Hals abgehakt und sich dann selbst getödtet. Das Motiv dieser That ist nicht bekannt. — Zwei Leute wurden am Sonnabend in Emporia (Virginia) erschossen. Ein Weitzer Namens O'Grady hatte in Gemeinschaft mit einem Neger einen Bürger von Emporia ermordet. Der Neger entkam einige Tage, bevor er hingerichtet werden sollte, und beging am Freitag neuerdings ein Verbrechen. In einer Hütte in der Nähe von Emporia wurde er aufgegriffen. Zwei von den Polizeibeamten, die ihn verhaften sollten, wurden von ihm erschossen. Schließlich wurde er überwältigt und ins Gefängnis gebracht. Nach ein paar Stunden gelang es einer Volksmenge, die sich vor dem Gefängnis angesammelt hatte, ihn dem Gefängnisse zu entreißen. Er wurde mit einem seiner weissen Komplizen angefaßt einer großen Volksmenge aufgehängt.

Eine gründliche Niederlage hat sich die Berliner Polizei in ihrem Kampfe gegen Streikposten geholt. Im Dezember 1899 wurde in der Möbelabrik von Heppmann in der Prinzessinnenstraße gestreikt. Der Reviervorstand wies die dort postirten Schutzeleute an, streikverdrängten Arbeitern das Verweilen in der Nähe der Fabrik zu verbieten. Am 8. Dezember kamen die Tapezierer Richter und Kiebel die Prinzessinnenstraße entlang. Ohne daß dieselben, so lautet die richterliche Feststellung wörtlich, auf der Straße gestanden oder gar mit Jemandem gesprochen hätten, wurden sie von dem Schutzmännlein Hiebig aufgefordert, sofort die Prinzessinnenstraße zu verlassen und sich nicht wieder zu zeigen. Ohne ein Wort des Widerspruchs gingen die Angeklagten die Straße weiter, gingen um die dort haltenden Pferdebahnen herum und begaben sich nach dem in der Prinzessinnenstraße gelegenen Schaufflokal von Wirsing, woselbst sie auf der Schwelle zu demselben verhaftet wurden. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten auf Grund dieses Sachverhalts von der gegen sie erhobenen Anklage frei, die §§ 117 und 118 des Straßenpolizei-Reglements übertreten zu haben. Es hielt die vom Schutzmännlein an die Angeklagten ergangene Aufforderung für ganz ungerechtfertigt. Man vergegenwärtige sich, so lautet das Urtheil des Schöffengerichts wörtlich, die Konsequenzen. Ein Mensch, welcher von dem Schutzmännlein für einen streikenden Arbeiter gehalten wird, geht durch die Straße zur Verhinderung irgend eines erlaubten Vorhabens, er wird von dieser Straße fortgewiesen, er geht

langsam Namen für Namen. Sie regte sich nicht. Wöhlisch richtete er sich auf. „Können Ihr beschwören, Hochwürden, daß die Alle geschworen sind, die Ihr gemannt?“ — „Ja.“ — „Ihr wollt wissen, wo ich in der Nacht vom 24. auf den 25. Juli war?“ Sein Auge flammte und die weissen Lippen zitterten. „Bei der Kaiserin Severic war ich.“

Er athmete tief auf. Das Geheimniß, das er achtzehn Jahre bewahrt, er schrie es beinahe heraus, als befreie er sich von einer schweren Last. Die Todten verlangen kein Schweigen mehr!

„Warum hast Du das nicht früher gesagt?“ Die Stimme des Richters zitterte.

„D — Herr — wer ein Weib entehrt — entehrt sich selbst!“

Der Pfarrer hatte sich abgewendet und der Bürgermeister schenkte sich geräuschvoll.

„Du bist frei, Sibic,“ der Richter trat auf den Bauern zu und streckte ihm die Hand entgegen. „Ich bedauere Dich von Herzen. Jetzt kannst Du gehen, wohin Du magst, Sibic.“

Und er ging. Gerade in den nächsten Kramladen, dort kaufte er sich einen Strid und hängt sich auf.

Diese Geschichte hat vor vielen andern den einen Vorzug — daß sie wahr ist.

in die benachbarte Straße, wo vielleicht auch gestreift wird, auch von dieser Straße wird er fortgewiesen. Er verläßt diese Straße und auch auf der nächsten und den folgenden wird ihm die Weisung ertheilt, die Straße zu verlassen und sich nicht wieder auf derselben zu zeigen. So geht es bis an die Grenze der Stadt Berlin, und der bis dahin völlig unbescholtene Mann ist aus Berlin hinausgewiesen, obwohl er hier den Sitz seiner bürgerlichen Thätigkeit, seiner Familie hat. Dieses Beispiel genügt, um zu zeigen, daß die Weisung des Schutzmännleins, wie sie den Angeklagten ertheilt worden ist, völlig unzulässig war. Wird aber unbedingter Gehorsam einer amtlichen Anordnung gegenüber gefordert, so ist die zwingende Voraussetzung hierfür, daß die Anordnung sich im Rahmen der bestehenden Gesetze bewegt. Ob diese Voraussetzung vorliegt, hat das Gericht zu prüfen. Im vorliegenden Falle hat der Schutzmännlein keinerlei rechtliche Veranlassung zum Einschreiten gehabt, er hat willkürlich, also nicht rechtmäßig gehandelt.“ Außerdem haben die Angeklagten die Weisung des Beamten befolgen wollen und sind nur durch das vorzeitige Eingreifen des Beamten selbst in der Ausführung ihrer Absicht gehindert worden. Trotz dieser klaren und unzweifelhaft zutreffenden Ausführungen legte die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urtheil Berufung ein. In der Verhandlung vor der Strafkammer am 24. d. M. ergab sich derselbe Sachverhalt wie in der ersten Instanz. Der Schutzmännlein mußte zugeben, daß die Angeklagten ruhig ihres Weges gegangen seien. Auf die Frage des Vorsitzenden, woran er denn die Angeklagten als Streikende erkannt habe, erwiderte er, daß er den einen von einer Vohustreitigkeit mit seinem Arbeitgeber her und den anderen deshalb kenne, weil ihm der Arbeitgeber bei einem Gespräche die streikenden Arbeiter gezeigt habe. Die Strafkammer sprach beide Angeklagten frei, legte auch trotz Widerspruches des Staatsanwalts auf Antrag des Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. Heine mann, die Kosten der Verteidigung für beide Instanzen der Staatskasse zur Last. Der Schutzmännlein, so führte der Vorsitzende aus, sei zu Unrecht gegen die Angeklagten, die nichts weiter thaten, als daß sie ruhig ihres Weges gingen, eingeschritten. Ueberdies haben dieselben vollständig den Weisungen des Beamten entsprochen. Da die Staatsanwaltschaft trotzdem sich bei dem Urtheil des Schöffengerichts nicht beruhigt habe, mußten die Angeklagten sich eines Verteidigers bedienen, deshalb habe die Staatskasse auch diese Kosten zu tragen.

Schutz vor Schutzeleuten. Unser Frankfurter Parteiorgan berichtet: Am 23. Oktober v. J. hatte der Wirth des Hauptbahnhofbiertunnels Anton Nid in Frankfurt a. M. sein Lokal bis 2 Uhr Nachts offen gehalten, obgleich er nur bis 12 Uhr polizeiliche Erlaubniß hatte. Nach 2 Uhr kam der Wachtmeister Altstädt und erklärte dem Wirth, in zehn Minuten hätte jeder das Lokal zu verlassen. Als die anwesenden Hausburschen Görgen und Adam nach der Thüre gingen, erklärte der Wachtmeister, Niemand dürfe hinaus. Alle wurden aufgegriffen. Adam gab dem Wachtmeister auf dessen Verlangen seinen Militärpaß. Adam sagte unter Eid aus, der Wachtmeister habe mit den Worten: „Das sind Drecksapapere“, seine Legitimation zerrissen, auf die Erde geworfen und ihm einen Stoß vor die Brust gegeben, daß er zu Boden gefallen sei. Als er sich über diese Behandlung beschwert habe, sei er verhaftet worden. Nid, der auch verhaftet wurde, hat auf der Wache eine halbe Stunde lang auf den Wachtmeister warten müssen. Als dieser kam, habe er seine Taschen leeren, die Weste ausziehen und die Hosenträger abknöpfen und auf den Tisch legen müssen. Dagegen habe er protestirt, da er sich in Gegenwart anderer doch geschämt haben würde, wenn seine Hosenträger herunterfielen. Daraufhin habe der Wachtmeister erklärt: „Der Kerl wird geschloffen und dabehalten!“ Der Wachtmeister erklärte, er habe den Nid nur deshalb verhaftet, weil dieser den Görgen und Adam befreien wollte. Daß er den Nid oder den Adam gestopfen und geschlagen, den Militärpaß zerrissen habe, das bestreitet er sowohl wie auch die zwei Schutzeleute. Dem stehen die eidlichen Aussagen von acht anderen Zeugen gegenüber. Nur weil sich Nid „nicht fügte und Aufreißung machte“, deswegen wollte er ihn einliefern und über Nacht behalten. Die Hosenträger habe er dem Nid deshalb abverlangt, damit sich dieser nicht erhängt! Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung, die jedoch das Gericht kurzerhand ablehnte. Im weiteren Verlauf der Verhandlung drehte es sich um die Frage, ob der Wachtmeister betrunken war oder nicht, er selbst bestritt es. Nach einer zweitägigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 20 Mark (! Red.) gegen Nid. Das Gericht erkannte aber auf Freisprechung. Die Verhaftung des Nid sowie auch seiner zwei Zeugen sei unzulässig gewesen. Das Benehmen des Wachtmeisters wurde vom Gerichte als gänzlich ungehörig bezeichnet.

Ueber einen Lex Heinze-Scherz wird der „Frankf. Zig.“ aus Mainz geschrieben: In der Nähe des Stadttheaters befindet sich ein freier Platz, in dessen Mitte sich ein Bassin mit der Springbrunnenfigur eines ruhenden Tritons befindet. Da nun dieser Sohn des Poseidon und der Amphitrite nichts von der Kultur unserer Zeit zur Schau trägt und weder einen Frack noch Hosenträger, fürchteten einige ängstliche Nachtschwärmer für die Zukunft des Wasser-mannes, und sie verkleideten mit einem soliden Schürzchen, das die Inschrift „Der Heinze“ trug, die bedenklichsten Stellen. Montag früh zeigte sich die Verheerung. Aber diese Verhüllung war wieder der Polizei zu züchtig, und der Schurz wurde unumhülllich entfernt.

Wodurch das Schamgefühl gröblich verletzt wird. Am 28. Oktober im Jahre des Heils 1899 war es, so erzählt unser Münchener Parteiblatt, als der Kaufmann Haeiselbauer von Eggenfelden gen. Pfarrkirchen, einem trunkenen Orte in Niederbayern, zog, um auf dem dortigen Markte mitgeführte Waaren aller Art in klingender Münze umzusetzen. Um die edlen Landbewohner anzuloden, und ihre Kauflust zu steigern, mußte der gute Mann viel reden, und da ihm nicht immer etwas Gescheidtes einfiel, schwätze er eben im Hinblick auf die Umgegend und den Zweck allerhand Dummdinge; er machte auch sogenannte Witze, um die Käufer bei guter Laune zu erhalten. Kurzum, der rührige Geschäftsmann sagte sich: Helf was helfen mag. Doch im Laude der Gottesfurcht und frommen Sitte, bezwo-

der lex Heinze, bleibt so freventliches Spiel nicht ungerade. Das mußte zu seinem großen Schrecken auch der Kaufmann erfahren. Das Amtsgericht Pfarrkirchen belieble, Manne ein Strafmandat zu übermitteln, lautend auf Tage Haft. Verbrechen: Grober Unfug, verübt Singen unsittlicher Lieder. Haeiselbauer war einer so schwarzen That aber nicht bewußt, kann er gar nicht fangen, und darum legte er gegen die ihm zugesandte Strafe die Berufung ein. Jüngst fand nun am 8. d. M. das Gericht in Pfarrkirchen früh 8 Uhr die öffentliche Verhandlung in der Sache statt und klopften Herzgenossen der Angeklagte vor dem hohen Tribunal. Als lauschungszengin fungirte eine tugendbame, 26 Jahre alte Jungfrau, Namens Babette Eigner, Näherin in Pfarrkirchen. Sie hatte Aergerniß genommen an den Liedern des Kaufmanns, ihr „normales“ Schamgefühl war gröblich verletzt. Und nachdem der edlen Jungfrau der Reuegenieß genommen war, hätte der Gerichtshof beinahe selbst großmüthig, indem er von der Zeugin forderte, sie solle Wortlaut des vernommenen Liebes sagen. Schamroth zur Haarwurzel behenerte jedoch die Maid, daß sie sich in öffentlicher Sitzung niemals sagen könne. Und in der Sitzung der ganz besonderen Schwere des Falles, wurde Nachmittags 5 Uhr eine Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit anberaumt. Da endlich vernahm der Richter, was eine keusche Näherin so tief bewegt. Natürlich wieder schamroth bis in die Haarwurzel deponirte sie, der böse Handelsmann gejunen hat:

„Der Bauer geht ins Acker aufsi,
Da hängt ihm hint' was aufsi:
Die Bäuerin, die geht hinten d'rein,
Und schiebt dem Bauer wieder 'nein!“

Erschöpft sank die Zeugin auf den nächsten Stuhl. Das hohe Richterkollegium schien sprachlos und der Angeklagte — nun der Angeklagte stand da und wunderte sich. Entfragte der Staatsanwalt: Was hat der Angeklagte sonst noch gesagt? Die Zeugin schweigt. — Kaufmann Baron v. Gageru: Sind sie am Stand des Kaufmanns gewesen? — Zeugin: Nein, ich sah am öffentlichen Fenster, gegen das die Rückseite des Stands geteilt war, beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung des Angeklagten und Uebernahme aller Kosten auf Staatskasse. Das Gericht urtheilte demgemäß, legte aber der Jungfrau ernstlich nahe, sie möge doch das nächste Mal das Fenster schließen, damit sie ihr Schamgefühl nicht nöthigerweise strapazire. Wird nun nicht Jedermann sehen, wie nothwendig die lex Heinze ist, wenn nach geltenden Recht solch' ruchlose That straffrei bleibt?

Amüßante Burennachrichten haben zwei Stuttgarter Blätter veröffentlicht. Das „Neue Tagbl.“ brachten Brief eines schwäbischen Hotellochs a. Labordasfarm, der unter Cronje gegen Methuen Schlacht am Modderfluß mitgemacht hat. In allen Einzelheiten wird die mörderische Schlacht geschildert und der Schluß die Frage aufgeworfen: Ob wohl der gute, schwäbische Koch und Artillerist noch lebt und jetzt ebenfall mit Cronje in Gefangenschaft gerathen ist? Die „Schwäb. Tagwacht“, unser Parteiorgan, beantwortet nun diese Frage wie folgt: „Ja, der gute Kerl lebt noch und arbeitet er als braver Schneidergeselle in Ludwigshafen.“ Denn der Brief des wackeren Kochs ist gar nicht aus Africa gekommen, sondern in Stuttgart von ein paar Schneidergesellen fabrizirt worden, die zuvor wette, ob er im „Tagbl.“ abgedruckt werde oder nicht. Namen, die in dem Bericht genannt werden, beziehen sich auf Stuttgarter Schneidergesellen und der Kommandant Frörich führt fleißig die Nadel bei der Firma Fischer Storz. Ebenso ist auch der „Schwäbische Merkur“ mit einem Bericht vom 9. März aufgelesen. Auch dieser Bericht dankt seine Entstehung den Ausschneidergesellen. Besonders heiter wirkt noch, daß der von der Bitterwolfsfarm (wo einem Schneider Bitterwolf) datirte Bericht vom „Merkur“ in einen solchen von Bitterwolfsfarm umgewandelt wurde. Der „Merkur“ erkannte mit seinem Sprachgefühl, daß „Bitterwolf“ niederländischer Künge, als „Witterwolf“.

Warum die Knöpfe so billig geworden sind. Wenn jemand heute einen Knopf verliert, so kümmert er sich nicht weiter viel darum, wenn der Jemand nicht gerade eine elegante Modedame ist, die auch diesen Theil ihrer Bekleidung nur in künstlerischer Ausstattung trägt. Vor 3 bis 40 Jahren war das noch anders, denn die Industrie des Knopfes hat in den letzten Jahrzehnten ungeheure Fortschritte gemacht. Heute werden die Obertheile von 10 bis 12 Stunden geschnitten und gestanzt, während die gleiche Arbeit von der alten mit dem Fuß angetriebenen Presse in 40 bis 45 Minuten besorgt wurde. Die Herstellung des Knopfes und ihre Befestigung an dem eigentlichen Knopfe wird ebenfalls durch eine einzige Maschine ausgeführt und dauert ebenfalls für 100 Gros nur 4 Stunden, während früher dazu 41 Stunden und 40 Minuten gehörten. Die übrige Vervollkommnung der Knöpfe erfordert dann noch weitere 4 Stunden anstatt früher 20, und wenn man noch 44 Minuten auf die Ueberwachung und Instandhaltung der Werkzeuge rechnet, so wird heute zur Herstellung von 100 Gros Messingknöpfen eine Zeit von 14 Stunden und 14 Minuten gebraucht gegen 115 Stunden 40 Min. vor etwa 4 Jahrzehnten. Die Schnelligkeit der Herstellung ist also um mehr als das Achtfache gestiegen.

Die große chinesische Mauer wird gegenwärtig niedrigergerissen. Diese kolossale Mauer hat eine Länge von 2500 Kilometern. Sie ist an der Basis 25 Fuß dick und an der Spitze 15 Fuß. Ihre Höhe beträgt an mehreren Stellen 30 Fuß. Die Niederreißung dieser Mauer erfordert eine ungeheure Arbeit; man könnte in derselben Zeit die Häuser einer Stadt niederreißen, die zweimal so groß ist wie Paris. Die chinesische Mauer wurde vor etwa 2000 Jahren gebaut, und die Zahl der Arbeiter, die bei diesem Riesenbau beschäftigt wurden, soll 2 Millionen betragen haben. Ihren Zweck, den Ansturm der Tartaren aufzuhalten, hat die Mauer niemals erfüllt. Nachdem sie so lange ganz nutzlos gewesen ist, werden ihre Materialien jetzt endlich eine nützliche Verwendung — beim Bau von Dämmen, Quais, Wasserleitungen, öffentlichen Gebäuden u. s. w. — finden.